



**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im  
Rat der Alten Hansestadt Lemgo**  
Fraktionsvorsitz: Dr. Burkhard Pohl  
Stv. Dr. Katharina Kleine Vennekate  
Papenstr. 3, 32657 Lemgo  
Tel. 05261-934088  
Mail: gruene@lemgo.de

Lemgo, den 20.11.2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit stellt die Grüne Fraktion folgenden Antrag zum Haushalt 2023:

### **CO2-Emissionen bei Investitionsplänen ausweisen**

1. Um die Investitionsplanung klar zu strukturieren und insbesondere die Umsetzung der Klimaschutzstrategie kontrollieren zu können, beantragt die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen den Haushalt für das Jahr 2023 und die Folgejahre so zu kennzeichnen (z.B. Farbe, separate Aufstellung), dass Investitionen in Klimaschutz erkennbar sind.
2. Darüber hinaus wird beantragt, für alle künftig geplanten und zu beschließenden Investitionen die CO<sub>2</sub>-Äquivalentemissionen anzugeben. Der Ausweis der CO<sub>2</sub>-Äquivalente soll bei der Priorisierung von Handlungsoptionen als Entscheidungskriterium dienen.

#### **Begründung:**

Die Umsetzung der Klimaschutzstrategie in Lemgo führt zu zusätzlichen Investitionen, die im Haushalt 2023 vorgesehen sind. Die Sichtbarmachung hilft die Zukunftsorientierung und Dringlichkeit dieser Investitionen wahrzunehmen.

Die heutige Struktur des Haushalts der Alten Hansestadt Lemgo stellt zwar die finanzielle Lage der Kommune und ihrer Verschuldung da, aber nicht den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck und die damit verbundene CO<sub>2</sub>-Verschuldung an kommende Generationen. Im Sinne einer Klimagerechtigkeit zwischen den Generationen muss der Haushalt so strukturiert werden, dass Investitionen sowohl im Hinblick auf Finanzen als auch die CO<sub>2</sub>-Bilanz bewertet werden können. Die heutige Struktur und verfügbare Daten lassen keine Klimabewertung zwischen Alternativen zu. Durch den Ausweis des CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks der Investitionsalternative kann zukünftig der Klimaschutz vorrangig berücksichtigt werden.

Wir sind überzeugt, dass mit dieser Gliederung und faktenbasierter Entscheidungsfindung einen wichtigen Beitrag zur Klimawandelfolgenbewältigung geleistet werden kann.

Gez.

Dr. Katharina Kleine Vennekate – Jan Jakobfeuerborn – Dr. Burkhard Pohl



**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im  
Rat der Alten Hansestadt Lemgo**  
Fraktionsvorsitz: Dr. Burkhard Pohl  
Stv. Dr. Katharina Kleine Vennekate  
Papenstr. 3, 32657 Lemgo  
Tel. 05261-934088  
Mail: gruene@lemgo.de

Lemgo, den 20.11.2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit stellt die Grüne Fraktion folgenden Prüfantrag zum Haushalt 2023/WP SBL:

### **Anschaffung von E-Fahrzeugen für die Städtischen Betriebe**

Die Verwaltung prüft, statt des Kaufs von Verbrennungsmotor-getriebenen Fahrzeugen Transporter mit batterieelektrischem Antrieb für die Städtischen Betriebe Lemgo im Leasing zu beschaffen (Wirtschaftsplan Städtische Betriebe Lemgo, S. 12). Dabei werden sämtliche Kosten und möglichen Erträge (zu erwartende Wiederverkaufswerte nach Auslauf des Leasingvertrags bzw. nach Ablauf des Abschreibungszeitraums) gegenübergestellt. Die Möglichkeit der Ausführung von neuen Mannschaftstransportfahrzeugen für die Feuerwehr mit Elektroantrieb wird gleichermaßen fortlaufend geprüft. Fördermöglichkeiten sollen geprüft werden.

#### **Begründung:**

Im Wirtschaftsplan<sup>1</sup> sind für den Kauf von 3,5t-Transportern für das Jahr 2023 35.000, für 2025 60.000 und für 2026 30.000 € vorgesehen. Mögliche Leasingkosten sind dem bisher nicht gegenübergestellt. Leasing kann in Abhängigkeit von den Vertragskonditionen und einem langfristig im Vergleich höheren Wiederverkaufswert von Fahrzeugen mit Elektroantrieb bei der Betrachtung der Gesamtkosten günstiger sein.

Im Endbericht zum aktualisierten Klimaschutzkonzept<sup>2</sup> ist

- auf Seite 70 „**Alle PKW und Kleintransporter werden als E-Fahrzeuge neu beschafft.**“ und
- auf Seite 83 „Alle PKW und Kleintransporter werden als E-Fahrzeuge neu beschafft. ... Zeithorizont: 2022ff.“

**ohne weitere Bedingungen vorgesehen.**

Entsprechende geeignete Fahrzeuge werden von mehreren Herstellern angeboten (z. B. Volkswagen e-Crafter, Mercedes-Benz eSprinter, Renault Master e-tech oder Citroën E-Jumper).

gez. Ralf Kersting, Dr. Burkhard Pohl

Quellen:

- <sup>1</sup> Wirtschaftsplan der Städtischen Betriebe Lemgo: <https://tinyurl.com/e9aaymt6>
- <sup>2</sup> Endbericht zum Klimaschutzkonzept: <https://tinyurl.com/42bsdsez>



**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im  
Rat der Alten Hansestadt Lemgo**  
Fraktionsvorsitz: Dr. Burkhard Pohl  
Stv. Dr. Katharina Kleine Vennekate  
Papenstr. 3, 32657 Lemgo  
Tel. 05261-934088  
Mail: gruene@lemgo.de

Lemgo, den 20.11.2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit stellt die Grüne Fraktion folgenden Antrag zum Haushalt 2023:

### **Prüfung der Gründung einer kommunaleigenen Wohnungsbaugesellschaft**

Die Grüne Fraktion beantragt die Prüfung zur Gründung einer kommunaleigenen Wohnungsbaugesellschaft mit dem Ziel, zukünftig Wohnraum im Segment des bezahlbaren und sozialen Wohnungsbaus als Eigenbetrieb zu führen.

#### **Begründung:**

Der Wohnungsmarkt in Lemgo stellt sich im Bereich des bezahlbaren und sozialen Wohnungsbaus als sehr angespannt dar. Das Handlungskonzept Wohnen der Alten Hansestadt Lemgo aus dem Jahr 2018 hat klare Handlungsempfehlungen dargelegt.

Der Betrachtungszeitraum der vergangenen 4 Jahre hat im Segment des bezahlbaren und sozialen Wohnungsbaus keinen Zuwachs gezeigt.

Mietpreissteigerungen, Niedrigzinsen und Baukostensteigerungen zeigen, dass mittelfristig kaum eine Entspannung bzw. Investitionen der Privatwirtschaft in diesen Bereich stattfinden werden. Querfinanzierungen im projektbezogenen Wohnungsbau durch Umlagen zu freifinanzierten Wohnungsanteilen haben die zusätzliche Mietsteigerung am Markt zur Folge und werden die Wohnungssituation in der Alten Hansestadt nur zusätzlich verschärfen bzw. auf das mittlere Mietsegment verschieben. Um soziale Mieten im Bereich von 5 €/m<sup>2</sup> anbieten zu können, ordnen sich aktuell projektbezogen gegenfinanzierte Mieten bei über 12 €/m<sup>2</sup> ein.

Vergleichbare Städte und Gemeinden haben das Instrument der Gründung kommunaleigener Wohnungsbaugesellschaften als ausgegliederter Geschäftsbereich zur verantwortungsvollen Daseinsvorsorge mit der Schaffung von Wohnraum bereits erfolgreich vollzogen oder befinden sich im Aufbauprozess. Beispielsweise hat die Stadt Löhne im Jahr 2020 den kommunalen Eigenbetrieb „Wohnstadt Löhne“<sup>(\*1)</sup> erfolgreich gegründet und aufgebaut.

Kommunalpolitik und ein kommunaler Eigenbetrieb nutzen somit aktive Steuerelemente im sozialen Wohnungsmarkt, um dem Bedarf auch langfristig gerecht zu werden.

Im ersten Schritt sehen wir die Begleitung für die Alte Hansestadt Lemgo durch eine externe Fachberatung als notwendig an, um eine Bestandsanalyse bzw. eine betriebswirtschaftliche Prüfung vorzunehmen und auf Grundlage dessen weitere Schritte zu entscheiden.

Wir stellen an dieser Stelle nicht die gewinnorientierte, sondern lediglich eine möglichst kostendeckende Bewirtschaftung in den Vordergrund und beantragen daher, für externe Beratung mögliche Fördermöglichkeiten des Bundesfinanzministeriums (BMF) im Rahmen des Programms "Investitionsberatung lebenszyklus- und wirkungsorientierter Beschaffungen (IBA)" <sup>(\*3)</sup> Beratungsleistungen durch die „PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH“ <sup>(2)</sup> mit Sitz in Berlin einzubeziehen. Die Beratungen im Rahmen dieses Ressortforschungsvorhabens können nach Genehmigung durch BMF für die beratene Stelle / Kommune kostenneutral erfolgen.

Weiter wird die für diesen ersten Prozess die Unterstützung mit Mitarbeitern durch die Gebäudewirtschaft der Verwaltung festgeschrieben und soll unter Einbezug einer fraktionsbeteiligten Steuergruppe transparent begleitet werden.

Zur aktiven Begleitung des Prozesses sind wir als antragstellende Fraktion gern bereit und laden weitere Fraktionen des Lemgoer Rates ebenfalls dazu ein.

gez.

Dr. Katharina Kleine Vennekate

Dr. Burkhard Pohl

Nils Donat

Quellen:

\*1 <https://wohnstadt-loehne.de/wir-ueber-uns/>

\*2 <https://www.pd-g.de/unsere-expertise-im-bereich-wohnen-und-quartier>

\*3 <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2018/12/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-6-zehn-jahre-partnerschaft-deutschland.html>



**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im  
Rat der Alten Hansestadt Lemgo**  
Fraktionsvorsitz: Dr. Burkhard Pohl  
Stv. Dr. Katharina Kleine Vennekate  
Papenstr. 3, 32657 Lemgo  
Tel. 05261-934088  
Mail: gruene@lemgo.de

Lemgo, den 20.11.2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit stellt die Grüne Fraktion folgenden Antrag zum Haushalt 2023:

### **Den Verkauf städtischer Immobilien zu Wohnzwecken aussetzen bzw. stoppen**

Die Grüne Fraktion beantragt die Beschlussfassung, den Verkauf kommunaleigener Gebäude, die eine Wohnnutzung zulassen, auszusetzen bzw. zu stoppen, um diese möglicherweise zukünftig in eine kommunaleigene Wohnungsbaugesellschaft <sup>(\*1)</sup> zu überführen.

#### **Begründung:**

Die Bestandsgebäude im Eigentum der Alten Hansestadt Lemgo, sofern sie eine Wohnnutzung (mögliche Umnutzung von Gewerbe zu Wohnen) zulassen, bilden den möglichen Grundstock einer (nach Prüfung) zukünftig zu gründenden kommunaleigenen Wohnungsbaugesellschaft. Diese Gebäude können in einer neuen Gesellschaft betriebswirtschaftlich unter anderen Voraussetzungen geführt werden und ermöglichen zusätzlich öffentliche Fördermöglichkeiten im Rahmen der Steuerung des sozialen Wohnungsmarktes in der Alten Hansestadt Lemgo. Mögliche öffentliche Förderungen werden im Rahmen einer möglichen Gründung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft zukünftig geprüft und einbezogen.

gez.

Dr. Katharina Kleine Vennekate  
Dr. Burkhard Pohl  
Nils Donat

<sup>\*1</sup> bezugnehmend zum Haushaltsantrag Bündnis 90/Die Grünen v. 20.11.2022  
„Prüfung der Gründung einer kommunaleigenen Wohnungsbaugesellschaft“



**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im  
Rat der Alten Hansestadt Lemgo**

Fraktionsvorsitz: Dr. Burkhard Pohl

Stv. Dr. Katharina Kleine Vennekate

Papenstr. 3, 32657 Lemgo

Tel. 05261-934088

Mail: gruene@lemgo.de

Lemgo, den 20.11.2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
hiermit stellt die Grüne Fraktion folgenden Antrag zum Haushalt 2023:

### **Einrichtung eines Jugend-/Schülerparlamentes**

Die Stadt Lemgo richtet ein Jugend- bzw. Schülerparlament ein und stellt zunächst einmalig 2000 € dafür in den Haushalt ein.

Die genaue Organisation und die Ausgestaltung der Kompetenzen erfolgt möglichst in Zusammenarbeit mit jugendpolitisch Interessierten aus der Politik, mit engagierten Lehrkräften und interessierten Schülerinnen und Schüler, z.B. in einem Arbeitskreis.

#### **Begründung:**

Das Recht von Kindern und Jugendlichen auf Mitbestimmung in den Bereichen, die sie selbst betreffen, ist eine wesentliche Forderung der UN-Kinderrechtskonvention (Art. 12 und 13). Gleichzeitig ist die Einübung demokratischer Abläufe für den Erhalt, die Akzeptanz und Weiterentwicklung einer offenen Gesellschaft unerlässlich. Diesen beiden Kernargumenten trägt die Einrichtung eines Jugend- bzw. Schülerparlamentes Rechnung.

Zwar findet in Lemgo seit geraumer Zeit ein jährliches Jugendforum statt, doch dieses gewährleistet weder eine kontinuierliche Arbeit, noch kommen hier die Interessen von Kindern und Jugendlichen unterschiedlichen Alters zum Tragen. Uns schwebt ein Parlament vor, in das jede Schule (auch die Grund- und Förderschulen) Vertreterinnen und Vertreter schickt, und in dem die zuvor in den Schulparlamenten gesammelte Anliegen diskutiert werden. Das setzt eine Form der Schülermitbestimmung in den Schulen voraus (z.B. Klassenräte und Schulparlamente), deren Pflege oder Einrichtung durch ein städtisches Jugendgremium zusätzlich motiviert werden würde. Wie die Schulen ihre Vertreterinnen und Vertreter auswählen, bleibt ihnen letztendlich aber natürlich selbst vorbehalten. Auf diese Weise könnte man jedoch auf eine breite Mitbestimmung aller Kinder und Jugendlichen in Lemgos Schulen hinwirken. Demokratische Abläufe würden früh eingeübt und verständlich gemacht.

In der Vorbereitung müsste entschieden werden, über welche Kompetenzen das neue Jugendgremium verfügen und ob ihm ein eigener Etat zur Verfügung stehen soll.

Die Installation des Jugend- bzw. Schülerparlamentes kann parallel zum Jugendforum erfolgen. Alternativ wäre es möglich, auf die Durchführung des Jugendforums zu verzichten, wodurch die hierfür gebundenen finanziellen Mittel (5000 €) frei würden und zukünftig in die Arbeit des neuen Mitbestimmungsorgans fließen würden.

Gez. Antje Jahn – Dr. Katharina Kleine Vennekate – Dr. Burkhard Pohl